

EXTRAIT DU PROCES-VERBAL
DE LA SEANCE DU CONSEIL GENERAL
DU 24 SEPTEMBRE 2012

Frau Claudine Esseiva (FDP) fasst zusammen :

"Der Gemeinderat wird gebeten abzuklären, wie die Vertretung beider Geschlechter in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung sowie in den Aufsichtsorganen der öffentlich-rechtlichen Anstalten und im mehrheitlichen Besitz der Stadt Freiburg befindenden Unternehmen ist. Im Sinne einer Zielvorgabe wäre ein Wert von mindestens 35 % nötig, um von einer angemessenen Vertretung sprechen zu können. Wenn dieser Richtwert nicht erreicht wird, bitten wir den Gemeinderat uns eine Begründung in Form eines Berichtes zu liefern.

Le Conseil Communal est prié de préciser comment se compose l'équilibre entre hommes et femmes dans les postes supérieurs de l'administration communale ainsi que dans les entreprises publiques où la ville de Fribourg dispose d'une participation majoritaire. En termes de cible, une valeur d'au moins 35 % serait nécessaire pour parler d'une représentation appropriée. Si cette valeur n'est pas atteinte, nous demandons au Conseil Communal de le justifier en nous présentant un rapport détaillé.

Begründung

Die Stadt Freiburg verpflichtet sich im Personalrecht dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter. Zwischen Vorsatz und Umsetzung klafft aber nach wie vor eine Lücke. Insbesondere in den höchsten Funktionsstufen ist der Frauenanteil gering. Der Anteil der Frauen im Kader hat in den letzten Jahren in der Stadt Freiburg zugenommen - während er in anderen Städten aber auch in der Wirtschaft stagniert. Wir anerkennen diese Entwicklung, glauben aber, dass weiteres Potenzial vorhanden wäre. Es ist uns ebenfalls bewusst, dass in gewissen Berufsfeldern die Rekrutierung bereits ohne Geschlechterquote schwierig ist, daher ist zu prüfen, ob allenfalls in Einzelfällen Ausnahmeregelungen notwendig sind. Wir sind auch der Meinung, dass der Grundsatz der angemessenen Vertretung beider Geschlechter sich nicht auf die Kaderstufen beschränken soll.

Vor rund zehn Jahren hat Norwegen ein Gesetz eingeführt, dass eine Frauenquote von 40 % in den Verwaltungsräten von börsennotierten Unternehmen verlangt. Damals war die Skepsis sehr gross, ob sich überhaupt genügend qualifizierte Frauen finden liessen. Mittlerweile zeigt sich, dass das Gesetz ein Erfolg ist – die Quote wird gar übererfüllt und soll auf weitere Unternehmen ausgedehnt werden. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass gemischte Teams besser arbeiten und dass Unternehmen mit Frauen in Verwaltungsräten auch wirtschaftlich besser dastehen.

In Basel wurde eine Motion überwiesen, die die Einführung einer Geschlechterquote in den Aufsichtsorganen der öffentlich-rechtlichen Anstalten verlangt. Der Regierungsrat von Basel-Stadt hat sich das gleiche Ziel gestellt. In der Stadt Bern wurde am 20. September ein Vorstoss mit breiter überparteilicher Unterstützung angenommen, der eine Geschlechterquote im Kader und in den Aufsichtsräten verlangt. Der Stadt Freiburg würde es in diesem Umfeld gut anstehen, ihren Ruf als fortschrittliche Arbeitgeberin auch weiterhin gerecht zu werden."